

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Datum: 8. Dezember 2015
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:15 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Mitglieder des Planungs- Umweltausschusses

Eger, Christine
Hofschuster, Thomas ab 17:35 Uhr
Koch, Reinhold Dr.
Matthes, Sigrun Dr.
Ostermeier, Maria
Ponn, Barbara
Pürkner, Erich
Sengl, Manfred Dr. bis 18:55 Uhr
Sippel, Dorothea
Stricker, Hans-Georg
von Hagen, Michaela
Wiesner, Marga

Schriftführer/in

Reichel, Andrea

Verwaltung

Dufner, Monika zu TOP 2
Schmeiser, Beatrix

Gäste

Zöllner, Rainer

Abwesende und entschuldigte Personen:

Keil, Max
Leone, Jean-Marie

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Essbare Stadt Puchheim	2015/0137
TOP 3	Stadtzentrumsentwicklung Puchheim Auswahl des Planentwurfes	2015/0149
TOP 4	Straßen- und Wegerecht; Neufestsetzung der Ortsdurchfahrtsgrenzen an der Kreisstraße FFB 11	2015/0147
TOP 5	Überschwemmungsgebiete in Puchheim Information zur vorläufigen Sicherung	
TOP 6	Verschiedenes	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 17:30 die Sitzung im Rathaus, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Nachdem sich auf seine Frage, ob mit dem Protokoll der letzten Planungs- und Umweltausschusssitzung vom 14.07.2015 Einverständnis besteht, keine gegenteilige Wortmeldung ergab, stellte der Vorsitzende ohne Widerspruch fest, dass damit die Niederschrift dieser Sitzung genehmigt sei.

TOP 2 Essbare Stadt Puchheim

Der Vorsitzende übergab das Wort an Frau Dufner, um das Projekt vorzustellen. Frau Dufner erläuterte anhand einer PowerPoint-Präsentation die Entwicklung eines Konzeptes „Essbare Stadt“ für Puchheim näher, von der Herangehensweise bis zu den möglichen Maßnahmen. Gründe für das Projekt seien u. a. die Wertschätzung des Stadtgrüns, ein Beitrag zum Klimaschutz, die Förderung des regionalen Anbaus sowie die Möglichkeit der Mitgestaltung, die besonders wichtig sei. Zusammen mit der Projektvorbereitungsgruppe sei der vorliegende Konzeptvorschlag ausgearbeitet worden. Als Kriterium bei der Ausarbeitung seien insbesondere der mögliche Umsetzungszeitpunkt, der Organisations- und Personalaufwand, die Kosten, die Altlastenproblematik, die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung sowie die Vielfalt berücksichtigt worden. Zunächst seien Maßnahmen gesucht worden, die man schnell und ohne großen Aufwand umsetzen könne. Als Starterprojekt werde deshalb die Bepflanzung verschiedener städtischer Flächen mit Sträuchern mit essbaren Früchten und das Anlegen von Kräuterbeeten vorgeschlagen. Flächen hierfür stünden z. B. hinter dem Haus Elisabeth, am Büchlweg/Sprengerinstraße, am Weg beim Carl-Spitzweg-Ring und am Libellenweg sowie für ein Kräuterbeet an der Tannen-/Lagerstraße zur Verfügung. Für die Fläche am Büchlweg habe der Bund Naturschutz eine Patenschaft angeboten.

Bezüglich des Kräuterbeets bei der Tannenstraße wies StRin Wiesner darauf hin, dass diese von sehr vielen Hunden genutzt werde. Frau Dufner dankte für diesen Hinweis und erklärte, dass man dort ggf. eine andere Lösung, wie z. B. die Anlage eines Hochbeetes, suchen müsse. Hinweise auf tatsächliche Gegebenheiten seien für das Projekt sehr wertvoll.

Eine weitere zeitnah umsetzbare Maßnahme biete die Anlage eines Selbsternteackers. Hierfür sei von einem Puchheimer Landwirt bereits eine Fläche südlich der FFB 11 angeboten worden, auf der er Gemüse ökologisch anbauen würde. Dieses könne dann - wie bei den Blumenfeldern - gegen Bezahlung geerntet werden. Weiter seien Projekte gesucht worden, an denen sich die Puchheimer aktiv beteiligen können. Hierzu gehöre die Anlage einer Streuobstwiese mit Geburts- und Hochzeitsbäumchen. Auf einer städtischen Fläche nördlich des Büchlweges könnte hier zum jeweiligen Anlass ein Obstbaum, vorzugsweise einer alten regionalen Sorte, gepflanzt werden. Die vorgeschlagenen Big Bags seien ebenfalls eine kurzfristig umsetzbare Methode, um z. B. auch auf Altlastenflächen und im versiegelten Bereich Projekte der „Essbaren Stadt“ durchführen zu können. Diese hätten den Vorteil, dass sie mobil seien, kostengünstiger als Hochbeete und durch Patenschaften eine direkte Möglichkeit der Bürgerbeteiligung bestünde. Insbesondere in bemalter Form, wie die durch Frau Saatz und Kinder gestalteten Big Bags zeigen würden, könnten diese auch als verbindendes Symbol für die verschiedenen Projekte dienen. Das Interesse am Aufstellen solcher Big Bags sei von verschiedenen Seiten an das Umweltamt herangetragen worden. Ein weiterer Baustein sei das Anlegen von Bewohnergärten, was in enger Zusammenarbeit mit dem Quartiersbüro ein Projekt für die Soziale Stadt auf dem Gelände der Planie sein könnte. Das Quartiersbüro habe bereits Kontakt zu den Hausverwaltungen aufgenommen. Bisher habe aber nur der Eigentümer an der Josefstraße die Bereitschaft gezeigt, entsprechend dem Wunsch der

Bewohner zwei bis drei Hochbeete aufstellen zu lassen. Das Quartiersbüro bleibe hier dran. Der Gröbenzeller Pflanzgarten sei ein gelungenes Projekt, das man in ähnlicher Form auch in Puchheim umsetzen könnte. Für einen solchen Bürgergarten biete sich die bestehende Streuobstwiese hinter der Drogerie an der Oberen Lagerstraße an. Beim Anlegen der Hochbeete sei eine Bürgerbeteiligung und auch die Betreuung durch eine Arbeitsloseninitiative möglich. Nach dem Vorbild der Fürstenäcker in Fürstenfeldbruck könnten interessierten Bürgern kleine Ackerflächen zur Verfügung gestellt werden. Für solche Bürgeräcker würden sich z.B. Flächen am Kleinen Ascherbach und am Büchlweg sowie eine von einem Landwirt angebotene Fläche südlich der FFB 11 eignen. Auf Vermittlung von StR Leone sei zudem der Kontakt zur Hochschule München hergestellt worden. Hier sei mit dem Fachbereich angewandte Sozialwissenschaften ein Lehrforschungsprojekt möglich. Anschließend stellte Frau Dufner die mögliche Umsetzung des Projekts im Jahr 2016 vor. Je nach Wetterlage könnten die Sträucher zeitnah gepflanzt werden. Sehr wichtig sei die Auftaktveranstaltung, mit der das Bürgerinteresse geweckt und weitere Mitstreiter gefunden werden sollen. Die Ergebnisse sollen in die Planung einfließen. Ab dem Frühjahr könne die weitere Umsetzung erfolgen. Wichtig sei auch eine Verknüpfung mit der Stadtzentrumplanung und anderen anstehenden städtischen Projekten. Im ermittelten Kostenrahmen von 20.000,-- € für die Umsetzung 2016 seien die Personalkosten des Bauhofs enthalten.

StR Sengl stellte fest, dass aus der Idee ein sehr konkretes Projekt geworden sei, wobei ihn die Vielfalt der Bausteine selbst überrascht habe. Es handle sich um lauter Projekte, mit denen man gut anfangen könne. Anschließend könne man die Wirkung studieren und dann entscheiden, wie man in den folgenden Jahren weiter vorgehe. Für eine gute Sache halte er auch die mögliche Betreuung durch Pack mas e.V. als soziales Projekt. Ganz wichtig sei es, das Projekt bekannt zu machen. Er bedanke sich für die gute Ausarbeitung des Projektes und halte das Geld für gut angelegt.

Auch im Namen von StR Leone bedankte sich StRin Dr. Matthes bei allen an der Projektausarbeitung Beteiligten. Das Projekt sei sehr kleinteilig aufgestellt, verfolge aber immer die gleiche Richtung. Zudem seien die wichtigen ökologischen und sozialen Aspekte in einem Projekt verbunden. Klar sei, dass man das Projekt am Anfang ganz intensiv anschieben müsse, wobei es auch ganz wichtig sei, auf Synergien zu setzen. Sie hätten die Hoffnung, dass das Projekt im weiteren Verlauf vom bürgerschaftlichen Engagement getragen werde. Das Projekt habe sich gut entwickelt und habe ihre volle Unterstützung. Nunmehr müsse man es publik machen, damit es in das Bewusstsein der Leute komme. Auch die wissenschaftliche Begleitung sei wichtig; hier solle man sich auch Expertenwissen zu Nutze machen.

StRin Eger wies darauf hin, dass im Bereich der Tannen-/Lagerstraße eine weitere große Grünfläche für z.B. eine Streuobstwiese vorhanden sei. Frau Dufner informierte, dass es in Puchheim noch viele Flächen geben würde. Aktuell seien nur einige ausgewählt worden; dies könne aber weiterentwickelt werden.

Weiter sprach StRin Eger Maßnahmen bei der Asylbewerberunterkunft an. Frau Dufner berichtete, dass es diesbezüglich schon interessante Ansätze gebe. Sie stehe bereits im Kontakt mit Frau Friederichs. Der Verein Pack mas arbeite neben Langzeitarbeitslosen auch mit Asylbewerbern.

StR Hofschuster erklärte, dass seine Fraktion den Grundsatzbeschluss mitgetragen habe. Allerdings stelle sich für sie weiterhin die Frage, ob Puchheim aufgrund der vorhandenen guten Durchgrünung der richtige Umsetzungsort sei. Die Bedenken, ob sich das Projekt durchsetze, blieben daher. Das Konzept würden sie in großen Teilen für nicht schlecht finden. Er berichtete, dass man in der Lenkungsgruppe Soziale Stadt der Meinung gewesen sei, dass man bei der Grüngestaltung etwas tun müsse. Die Bürgeräcker gingen in die gleiche Richtung wie die Kleingärten und die Krautgärten, die man weiter unterstützen solle. Er hoffe, dass das Projekt die gewünschte Bürgerbeteiligung erhalte. Auch wenn die Skepsis bleibe, seien sie dem Projekt gegenüber nicht negativ eingestellt. Er sei gespannt auf den Sachstandsbericht im Herbst. Dann könne geschaut werden, wie sich das Projekt entwickelt habe.

StRin Wiesner zeigte sich erstaunt, wie viele Ideen gefunden worden seien und begrüßte das vorgestellte Konzept. Lediglich hinsichtlich der Big Bags habe sie Bedenken. Bei ihr hätten sich Leute gemeldet und sich negativ zu den „Mülltüten“ geäußert. Fragen hierzu seien z.B. aus welchem Material die Big Bags bestünden, ob daraus etwas in die Erde übergehen könne und wie lange diese halten. Gerade in der Planie hätten Leute gesagt, dass sie die Big Bags nicht so schön finden würden. Sie habe daher die Bitte, dieses Projekt nicht zu groß anzulegen.

Frau Dufner erklärte, dass die Big Bags u.a. dort vorgesehen seien, wo keine Hochbeete aufgestellt werden können oder sollen. Die Big Bags könnten schnell aufgestellt und, falls sich ein Standort doch nicht eigne, auch schnell wieder abgebaut oder versetzt werden. Sie seien zudem aus recyclebarem Material und eigentlich sehr lange haltbar.

StRin Ponn hielt es für sehr wichtig, zu kennzeichnen, wo der Bürger etwas ernten dürfe und wo nicht. Es solle auf jeden Fall vermieden werden, dass die Erntebereiche unklar sind und die Leute auch von privaten Flächen ernten. Frau Dufner erklärte, dass die Idee sei, bei jeder Fläche kleine bepflanzte Big Bags aufzustellen und so die Flächen mit für alle essbarem Obst und Gemüse zu kennzeichnen. Vielleicht ergebe sich aber auch noch eine andere Lösung.

StR Pürkner hob hervor, dass es sich um ein überzeugendes Konzept handle. Er halte es aber auch für eine mutige Sache, an die man nicht blauäugig herangehen solle. Nicht alle Bürger seien diszipliniert; es gebe auch Vandalen. Deshalb müsse ein Appell an die Bevölkerung erfolgen, sorgsam mit den Projekten umzugehen und diese nachhaltig mitzutragen. Er hoffe, dass es funktioniere.

StR Dr. Koch bedankte sich für die Ausarbeitung und forderte auf „pack ma's“.

StR Stricker führte aus, dass es seinen Charme habe, so etwas zu installieren und bedankte sich für die hervorragende Ausarbeitung. Der Euphorie am Anfang könnten aber durchaus Probleme folgen. Es könnte auch sein, dass auf den Flächen ein Chaos hinterlassen werde. Ein kleines Problem sehe er hinsichtlich der Wasserentnahme beim Kleinen Ascherbach. Hier wären vorbereitende Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, dass der Bach trocken falle. Es solle auch darauf geachtet werden, dem Bauhof im Hinblick auf seine aktuell schon vielen Aufgaben nicht noch darüber hinaus zu belasten. Er wünsche dem Projekt viel Glück und großes Engagement von den Bürgern.

Auf die Frage von StRin Sippel bestätigte Frau Dufner, dass es vorgesehen sei, dass die Koordination des Gesamtprojektes über das Umweltamt laufe.

Die Beratung abschließend erklärte der Vorsitzende, dass er die Idee ebenfalls begeistert finde. Wichtig sei ihm, dass das Projekt nachhaltig angelegt werde. Zunächst sollen die Starterprojekte auf den Weg gebracht werden, dann müsse man sich auf die umsetzbaren Projekte im Jahr 2016 konzentrieren. Bei der Umsetzung sei die Kooperation mit den Initiativen und Einrichtungen vor Ort besonders wichtig, wie z. B. Schulen, Gartenbauvereine usw.. Dies gelte auch über die Stadtgrenzen hinaus, wie z. B. nach Gröbenzell. Ein wichtiger Aspekt sei, dass die Lebensmittel nicht nur angebaut sondern auch verwertet würden. Mit den Big Bags könne man Akzente setzen; aus seiner Sicht seien diese jedoch provisorisch. An erfolgreichen Standorten solle es das Ziel sein, das Ganze dann höherwertig zu gestalten. Die Öffentlichkeitsarbeit sei ebenfalls ganz wesentlich. Wichtig sei es, mit dem Projekt viele Bevölkerungsschichten zu erreichen und viele Leute einzubeziehen.

Nach eingehender Beratung fasste der Planungs- und Umweltausschuss folgenden

Beschluss

Der PUA befürwortet das von der Projektvorbereitungsgruppe „Essbare Stadt“ vorgelegte Konzept sowie den Einsatz der vorgesehenen Mittel. Das Umweltamt koordiniert mit Unterstützung des Umweltbeirats, des Quartierbüros sowie weiterer beteiligter Gruppierungen und Einzelpersonen die Aktivitäten im Jahr 2016 und legt im Herbst 2016 einen Sachbericht vor.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 3 **Stadtzentrumsentwicklung Puchheim** **Auswahl des Planentwurfes**

Der Vorsitzende stellte fest, dass ausgehend von dem in der Klausur erarbeiteten Ergebnis nunmehr die formelle Entscheidung zur Planung für das Stadtzentrum zu treffen sei. Die Stadtentwicklung solle demgemäß auf der Grundlage des 1. Preises weiterverfolgt und der Planungsauftrag an das Büro Behnisch erteilt werden. Anschließend gehe es darum, die Planung im Sinne der Stadt zu optimieren, bevor dann der Bebauungsplan aufgestellt werde. Ein Teil der Anpassungsbereiche sei in der Beschlussvorlage stichpunktartig aufgeführt worden; diese können auch noch ergänzt werden.

StR Hofschuster bat darum, ihren Vorschlag zur Erstellung eines Brunnen- und Kunst- sowie eines Beleuchtungskonzeptes bereits an die Planer weiterzugeben. Auch wenn diese Konzepte letztendlich erst in der Detailplanung eine Rolle spielen würden, solle man diese Faktoren bereits bei der Gesamtplanung im Auge haben. Es gehe darum, dass man sich durch die Planung nichts verbaue, was später für eine attraktive Platzgestaltung notwendig sei. Als Beispiel nannte er die Berücksichtigung von Leitungstrassen für die Beleuchtung oder von Stromanschlüssen für Veranstaltungen. Seine Fraktion befürwortete, dass der Bebauungsplanbereich auf die Kennedywiese ausgeweitet werde, um die teilweise bereits diskutierten Ideen einplanen zu können.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Schnittstelle zwischen Bebauungsplan und Realisierungsplanung etwas schwierig sei. Die Anregungen würden auf jeden Fall an die Architekten weiter gegeben.

StR Dr. Sengl stellte fest, dass man sich in der Klausur einig gewesen sei, dass der Entwurf Behnisch die Grundlage für die weitere Planung sein solle. Er verstehe den Beschlussvorschlag so, dass man noch weiter Einfluss nehmen könne. Es sei sehr wichtig, dass man weiterhin die Möglichkeit habe, weitere Gesichtspunkte und Änderungswünsche einzubringen. Natürlich seien in der stichwortartigen Aufzählung nicht alle Punkte genannt worden. Insgesamt sei eine enge Abstimmung zwischen Planern und der Stadt bzw. auch den Fraktionen erforderlich. Die Planung müsse noch eine deutliche Offenheit haben.

Der Vorsitzende bestätigte, dass die Planung noch offen sei und es im nächsten Schritt ja gerade um die Optimierung im Sinne der Stadt gehe. Wie in der Beschlussvorlage dargelegt, gelte dies auch für den weiteren Planungsprozess, in dem die Überarbeitungsbereiche noch angepasst und ergänzt werden können. Von der Verwaltung sei eine kleine Zusammenstellung der Stellungnahmen der Fraktionen in bzw. nach der Klausur erstellt worden, die den Planern ebenso wie die schriftlichen Stellungnahmen mitgegeben würden. Auf Anregung von StR Dr. Sengl würden diese Unterlagen an den Stadtrat weitergeleitet.

StR Dr. Koch sprach sich ebenfalls dafür aus, den Planern alle Stellungnahmen mitzugeben. Der Vorsitzende stellte fest, dass es genau so geplant sei und die Ergebnisse aus der Klausur den Planern zur Verfügung gestellt würden.

StRin von Hagen stellte ebenfalls fest, dass man sich klar für die Planung von Behnisch entschieden habe. Ein Problem hätten sie jedoch in Bezug auf die Verkehrsberuhigung Adenauerstraße. Hier handle es sich um eine Hauptverbindungsstraße, die man nicht in eine Spielstraße umwandeln dürfe. Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Umgestaltung der Adenauer- und Poststraße ein wichtiger Baustein für die Stadtzentrumplanung sei. Dies bedeute aber nicht die Ausweisung einer Spielstraße.

Abschließend ging der Vorsitzende noch auf den weiteren Weg zur Planung der Stadtmitte ein. Das Büro Behnisch werde zunächst einen Masterplan als Grundlage für den Bebauungsplan erstellen. Hierzu würden die von der Stadt eingebrachten Aspekte geprüft und dann dargelegt, was gehe bzw. was nicht gehe und Lösungen ausgearbeitet. Diese würden dann im Gremium beraten. Hierfür liege ein Angebot für pauschal 25.000,-- € netto vor. Wie in der Klausur besprochen, gehe es aber auch darum, wie die Nutzungen in den Gebäuden umgesetzt werden können, insbesondere hinsichtlich VHS und Musikschule. Hierfür solle eine Machbarkeitsstudie beim Büro Behnisch in Auftrag gegeben werden. In welcher Detailtiefe diese Studie erfolgen müsse, werde sich erst im Laufe des Prozesses ergeben. Deshalb werde hier vorgeschlagen, diesen Auftrag auf Stundenbasis zu vergeben. Wenn man dann nach Abstimmung des Masterplans und der Machbarkeitsstudie im Gremium sagen könne, dass das Konzept passe, werde man als nächsten Schritt die Ausarbeitung des Bebauungsplanes beauftragen.

Nach ausführlicher Beratung fasste der Planungs- und Umweltausschuss als Beschlussempfehlung an den Stadtrat folgenden

Beschluss

Die Entwicklung des Stadtzentrums wird auf der Grundlage des im Wettbewerb mit dem ersten Preis ausgezeichneten Planentwurfes durchgeführt. Mit der Ausarbeitung des Bebauungs- und Grünordnungsplanes soll das Büro Behnisch Architekten, Blumenstr. 17, 80331 München beauftragt werden.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 4 Straßen- und Wegerecht; Neufestsetzung der Ortsdurchfahrtsgrenzen an der Kreisstraße FFB 11

Hinsichtlich der Neufestsetzung der Ortsdurchfahrtsgrenzen für die FFB 11 verwies der Vorsitzende auf die Beschlussvorlage 2015/0147.

Beschluss

Die Stadt Puchheim stimmt der Neufestsetzung der Ortsdurchfahrtsgrenzen für die FFB 11 in Puchheim zu.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 5 Überschwemmungsgebiete in Puchheim Information zur vorläufigen Sicherung

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die anstehende vorläufige Sicherung der Überschwemmungsgebiete in Puchheim keine einfache Sache sei und erhebliche Rechtsfolgen mit sich bringe.

Bauamtsleiterin Schmeiser erinnerte zunächst an die Bekanntgabe der Hochwassergefahren- und Risikokarten in der PUAS am 14.07.2015. Die rechnerisch ermittelten Überschwemmungsgebiete, die auf Grundlage des 100jährigen Hochwassers für sog. Risikogewässer erstellt worden seien, seien im Oktober vom Wasserwirtschaftsamt an das Landratsamt Fürstenfeldbruck übersandt worden. Nicht umfasst seien u.a. Überschwemmungen aufgrund eines hohen Grundwasserstandes oder aufgrund lokaler Starkregenereignisse. Das Landratsamt sei nunmehr verpflichtet, innerhalb von drei Monaten die vorläufige Sicherung der ermittelten Überschwemmungsgebiete zu betreiben. Dies erfolge durch die Bekanntmachung im Amtsblatt, welche bis spätestens 21.01.2016 erfolgen müsse. Ein Mitwirkungsrecht bei der Ermittlung des Berechnungsergebnisses oder eine Öffentlichkeitsbeteiligung gebe es im Rahmen dieser vorläufigen Sicherung nicht. Erst bei der endgültigen Festsetzung des Überschwemmungsgebietes durch Rechtsverordnung, die innerhalb von fünf Jahren ab der Bekanntmachung erfolgen müsse, sei von Gesetz wegen eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen. Die Rechtsfolgen, die mit der Bekanntmachung eintreten würden, seien gravierend. In Überschwemmungsgebieten sei z. B. untersagt: Die Ausweisung von neuen Baugebieten, die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen oder von Mauern quer zur Fließrichtung des Wassers, die Umwandlung von Grünland in Ackerland und auch teilweise das Anlegen von Baum- und Strauchpflanzungen. Unter bestimmten Voraussetzungen seien hiervon Ausnahmen möglich. Für jede Baumaßnahme, die die Errichtung oder Erweiterung einer baulichen Anlage im vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiet betreffe, müsse eine wasserrechtliche Genehmigung eingeholt werden. Dies gelte sowohl für baugenehmigungspflichtige Vorhaben, als auch für Vorhaben im Freistellungsverfahren und für verfahrensfreie bauliche Anlagen. Voraussetzung für die Zulassung in einem wasserrechtlichen Verfahren sei beispielsweise die Schaffung einer Ausgleichsfläche. Das bedeute, dass für die durch das neue Gebäude verloren gehende Fläche ein Ausgleich geschaffen werden müsse, was z. B. durch eine Abgrabung mit einem entsprechenden Volumen geschehen könne. Wenn beispielsweise der errechnete Wasserpegel im Überschwemmungsfalle 5 cm über dem Gelände liege, müsse bei einem Gebäude mit einer Grundfläche von 100 m² ein Ausgleich in einer Größe von 5 m³ geschaffen werden. In jedem Fall müsse hochwasserangepasst gebaut werden. Anschließend stellte Frau Schmeiser die künftigen Überschwemmungsgebiete in Puchheim anhand von Karten vor. Ausgehend vom Starzelbach, Holzbach und Gröbenbach gebe es z. B. Überschwemmungsbereiche in Puchheim-Ort, die sich über die Mooslängsiedlung zur Zweigstraße und Edelweißsiedlung über das Rheinhold-&-Mahla-Gelände bis zum Wohnpark Roggenstein ziehen würden.

Voraussetzungen für die Ausweisung eines neuen Baugebietes im Überschwemmungsgebiet sei u. a., dass keinerlei andere Gebiete mehr für die Siedlungsentwicklung zur Verfügung stünden, der Hochwasserschutz nicht beeinträchtigt werde und entsprechende Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt würden. Als erstes städtisches Vorhaben sei das neue Kinderhaus im Wohnpark Roggenstein betroffen, für das ein entsprechendes wasserrechtliches Verfahren durchgeführt und die erforderlichen Hochwasserschutzmaßnahmen durchgeführt werden müssen.

Bei der anschließenden Aussprache wurden verschiedene Fragen geklärt und über den möglichen Umgang mit dieser Situation beraten. Andiskutiert wurde z. B., ob man nicht durch verschiedene Hochwasserschutzmaßnahmen das Überschwemmungsgebiet verändern könne. Abschließend stellte der Vorsitzende noch klar, dass es beim Hochwasserschutz nicht darum gehe, das Wasser möglichst schnell aus dem Ort heraus zu bringen und an die nachfolgenden Gebiete weiterzuleiten, sondern mit diesem vor Ort umzugehen.

TOP 6 Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte, dass es bei der Veranstaltung zu 50 Jahre Erholungsflächenverein neue Informationen zum Böhmerweiher gegeben habe. Der Böhmerweiher müsse von einem Gewässeraufschluss, wie heute sein rechtlicher Status sei, noch in einen See umdeklariert werden. Der Erholungsflächenverein gehe davon aus, dass hierfür ein wasserrechtliches Verfahren ausreiche, andernfalls wäre ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Bei einem wasserrechtlichen Verfahren gehe Herr Besenthal von einer Dauer von zwei Jahren aus. Das naturschutzrechtliche Gutachten solle noch im Laufe des Dezember vorgelegt werden; dann könne die Planung weitergehen. Die Planung würde angepasst, auch im Hinblick auf die Rückmeldungen der Kommunen. In Puchheim sei dies hauptsächlich der Einwand gegen die Spielfläche im nördlichen Bereich gewesen. Anschließend erfolge eine erneute Abstimmung mit den Kommunen. Wenn alles gut laufe, könne man 2017 in die Umsetzung gehen, vorausgesetzt, dass dann auch die wasserrechtliche Frage geklärt sei.

Nachdem unter dem TOP Verschiedenes keine Wortmeldung mehr erfolgte, schloss der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:15 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl
Erster Bürgermeister

Andrea Reichel